

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 33/001/2022

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz am 02.06.2022

Zu Punkt 6: Aktuelle Situation im Ausländeramt - Registrierung von Geflüchteten

Herr Hanheide berichtet, dass die aktuelle Situation im Ausländeramt zum Thema Krisenmanagement passe. In den letzten Wochen sei unter erheblichem personellen Aufwand die Registrierung aus der Ukraine geflüchteter Personen durchgeführt worden. Der Krieg in der Ukraine habe insgesamt erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit des Ausländeramtes.

Herr Peters berichtet anhand einer aktualisierten Power-Point-Präsentation (Anlage1) über die aktuelle Situation im Ausländeramt.

Auf Nachfrage von Frau KA Gafari teilt Herr Peters mit, dass von den registrierten Flüchtlingen nur ca. 3 % keine ukrainischen Staatsangehörigen seien. Von denen würden nur die Personen kontaktiert und über eine Ausreise informiert, die auch keine der in der Power Point genannten Voraussetzungen erfüllen. Aktuell seien dies ca. 30 bis 40 Personen. Da die Priorität aber bisher auf der Erstregistrierung der Personen mit Aufenthaltsrecht lag, sei die tatsächliche Personenzahl noch nicht bekannt.

Frau KA Gafari erkundigt sich, ob die Ausländerbehörde - wie ihr zugetragen worden sei - tatsächlich eine Woche lang nicht zu erreichen war.

Herr Peters führt aus, dass die Ausländerbehörde grundsätzlich durchgängig für Terminkunden geöffnet gewesen sei. Lediglich die Einrichtung eines Notfallschalters sei in den letzten Wochen nicht möglich gewesen. Anliegen seien jedoch grundsätzlich aufgenommen worden. Ebenfalls sei die Möglichkeit vorhanden gewesen, sich per E-Mail an die Ausländerbehörde zu wenden. Aktuell seien wieder zwei Notfallschalter geöffnet.

Herr Hanheide ergänzt, dass es eine stetige Dauerbelastung des Ausländeramtes gebe. Zunächst sei dies auf die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie zurückzuführen. Die Überlastung sei durch die Registrierung der ukrainischen Flüchtlinge dann noch einmal gewachsen. Herr Hanheide weist daraufhin, dass derzeit nahezu alle Ausländerbehörden überlastet seien. Die Registrierungssysteme seien zudem mit der durch die Ausländerbehörde verwendeten Software nicht kompatibel, wodurch eine doppelte Arbeit für die Mitarbeitenden entstehe.

Herr KA Brixius spricht seinen Respekt an die gesamte Kreisverwaltung Mettmann für die Bewältigung der Flüchtlingskrise aus. Seine Partei werde die Arbeitsweise des Kreises Mettmann gegenüber der Bürgerschaft gegen vereinzelte Kritik verteidigen und er hoffe, dass dies die übrigen Mitglieder des Ausschusses ebenfalls tun.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.